

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 89.

Neuenbürg, Mittwoch, den 18. April 1923.

81. Jahrgang.

## Die Bilanz ohne Aktivposten.

Nur französisch-industrielle Abrechnung mit dem Ruhrabenteurer.

Die nachfolgenden Ausführungen sind dem in französischer Sprache erschienenen und in der Enztal- und Umgebung in französischer Sprache verbreiteten „Journal du Commerce“ entnommen, dessen Schriftleiter dem ehemaligen Wirtschaftsminister Doumergue nahesteht. Sie sprechen ohne jeden Kommentar für sich selbst.

Die politischen Gründe haben wir uns bisher enthalten, aus der Rubrikation das fängliche Fazit zu ziehen. Heute danken wir unter dem Druck der Lebensnotwendigkeit. Ohne der Regierung in die Arme fallen zu wollen, ohne ihr zu sagen, die Waffen als „besiegter Sieger“ niederzulegen, sehen wir uns gezwungen, die Bilanz der Ruhrabenteuerer, die als lang und einträglich bezeichnet worden war, dringlichst aufzudecken zu lassen. Wir beschränken uns auf die Reimierung der Tatsachen, die für sich selbst sprechen:

Der erste und sofortige Schlag, den die Ruhrabenteuerer ausbrachten, war die Einkürzung unserer kommerziellen Tätigkeit. Durch wurden die Geschäfte mit Deutschland bedeutend verlangsamt. Vertragsabstimmungen fanden auf beiden Seiten statt. Dann kamen Rückschläge, die sich von Woche zu Woche verschärften und noch lange nach Beendigung der Aktion fortzuwirken werden. Auch unter allgemeiner Handel hat eine fühlbare Schwächung erlitten. Er hat, auf den ersten Blick, keinen großen Schaden zu verzeichnen; sieht man aber die Tagesgeschäfte an, so merkt man die Einbuße. Im Januar und im Februar sind empfindliche Rückschläge zu verzeichnen, der März ist fast normal. Ein Vergleich zwischen den Tagen und den Jahlungskonten, die ausgerechnet werden mußten, erklärt hinreichend die scharfe Preisdepression.

Die Preise liegen im Verhältnis zum Französischen. Unsere Preise sind vom 10. Januar bis zum 1. März gegenüber dem englischen Pfund von 64 auf 78 Francs gestiegen und bleiben trotz aller Schwankungen auf dieser Höhe. Die Entwertung ist am 1. März 15 vom Hundert gewesen. Man bestreitet, daß Ende April ein weiterer Sturz eintritt wird, denn in London nimmt das Vertrauen gegenüber dem Franc zu, und bei uns steigt sich die Nachfrage vor der eigenen Regierung. Vorläufig bleiben wir für unsere Exporte 15 vom Hundert mehr als vor der Rubrikation, wozu die Erschwerung der Kreditgeschäfte und die Reigung der Lieferanten kommt, uns Pfund und Dollarschulden abzuverlangen. Das ist aber nicht die schlimmste Folge der Rubrikation.

Die Krise tritt erst ein, wenn sich Warenmangel zeigt. Diese Situation besteht in Bezug auf Kohle. In Ausführung der vertraglich abgeschlossenen Lieferungen lieferte Deutschland an uns monatlich ein Durchschnitt eine Million und hunderttausend Tonnen Kohle, Holz und Lignit. In dieser Gesamtheit war Kohle mit ungefähr 700 000 Tonnen vertreten. Diese Lieferungen waren um 16 vom Hundert geringer als die durch die Reparationskommission gestellten Forderungen. Um diese 16 vom Hundert zu erhalten, sind wir an die Ruhr gezogen. Das war doch der offizielle Standpunkt, nicht wahr?

Was geschah? Folgendes: Vom 1. bis zum 20. Januar hatte Deutschland an Frankreich 250 000 Tonnen Kohle geliefert. Am 20. Januar erschienen wir in Essen. Deutschland weigert sich zu liefern. Wir verstanden die Ausdeutung auf eigene Faust und wählten die deutsche Kontrolle durch unsere Gesandten. Wir schickten vollständig.

Bis zum Ende Januar erhalten wir noch 15 000 Tonnen Kohle. Dasselbe im Februar, das selbe im März, wo die Lage noch schlimmer wird, da vom 1. bis zum 21. März nur mehr 100 000 Tonnen Kohle bereitgestellt wurden. Waren wir nicht an der Ruhr, so hätte uns Deutschland normal eine halbe Million Tonnen Kohle geliefert. Nun die Folgen dieser Kohlnot: zuerst steigen die Preise; die Gesellschaft für Hochofenkohle hat sie folgendermaßen festgelegt: vom August 1922 bis zum 1. Januar 1923 war der Kohlepreis fest auf 97 Francs; er bleibt auf dieser Höhe bis zum 1. Februar; vom 1. Februar bis zum 15. steigt er auf 120 Francs; vom 15. Februar bis zum 1. März auf 198 Francs; vom 1. März bis zum 1. April auf 287 Francs. Also Kohle und Lignit, was bisher Preisfestigkeit zu konstatieren war. Wer leidet darunter am schwersten? Die Metallindustrie.

Der die Beweismittel: es gibt in Frankreich 219 Hochöfen. Am 1. Januar brannten 110, 90 am 1. Februar, 78 am 1. März, 74 am 1. April. Es wurden demnach seit unserem Einmarsch in die Ruhr 42 Hochöfen gelichtet. Ergebnis: die Stahlproduktion, die im Dezember 1922 über 515 000 Tonnen betrug, im Januar noch 407 713 Tonnen beträgt, fällt im Februar auf 297 787 Tonnen. Die Gußstahlproduktion, die im Dezember 1922 513 288 Tonnen betrug, fällt im Januar 1923 auf 400 000 Tonnen, im Februar auf 300 000 Tonnen. Der Verlust ist also weniger einzuführen, da die Metallindustrie so lange keine Preise fixieren kann, bis wir die Rubrikation gelichtet haben. Wir nehmen an, daß sich die Einbuße der Metallindustrie gipfelt.

Zur vollständigen Einschätzung unserer durch die Ruhrabenteuerer erleidenden and, bei weiterer Fortdauer, noch zu erwartenden Verluste, müssen wir an mehrere traurige Tatsachen erinnern: Unterdrückung der Sachlieferungen auf Grund der Versäumer Verträge; Schließung der Lieferungen auf Grund des Kontraktes Gilet-Krupp. Der Totalverlust, den wir dadurch erleiden, beträgt 16 700 000 Goldmark im Monat. Das macht bei einem Dollarkurs von 15 Francs 50 Millionen im Monat, 150 Millionen in drei Monaten, die wir an der Ruhr sind. Hierzu müssen wir bemerken, daß diese Schätzungen nur Grund der Bewertungsgrößen der Reparationskommission gemacht sind, und man weiß, wie tief die Kommission die Preise drückt; in Wirklichkeit handelt es sich um viel höhere Werte. Sollten wir nicht diese Lieferungen ausführen, so wäre mindestens das Vierfache nötig.

Es ist unmöglich, eine Rubrikationsausstellung. Es fehlt nämlich ein wichtiges Element: das Aktivum. Die Rubrikation spricht von einem „kapotierten Aktivum“; damit können wir uns nicht befassen. Wir sehen bloß, daß ein gewaltiges Passivum vorhanden ist, das sich von Stunde zu Stunde steigert. Deute wollten wir nur beiläufig berechnen, was uns die Ruhrabenteuerer unserer Regierung bisher gekostet hat.

Der französische Staat wird vielleicht den Kampf, in den er sich eingelassen hat, gewinnen, aber er wird der Industrie und dem Handel Frankreichs Opfer auferlegen, die niemals bereingekostet werden können. Es sei denn, daß das industrielle Frankreich ohne Bitterkeit, aber mit Willensstärke darauf aufmerksam macht, daß das sogenannte „nationale Interesse“ der Regierung dem wirtschaftlichen ungeborenen Schaden beruht. Diese Krise sollte aber der Staat vermeiden. Ferner wurden als Zeugen vernommen der Bankier Jacobowiz-Statigart, Polizeirat Schwabe, Oberpolizeikommissar Frank. Den Rest des ersten Verhandlungstages nahm die Vernehmung des Oberbürgermeisters als Zeugen ein, der unter seinem Eid genaue Auskunft gab und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe widerlegte.

## Deutschland.

Berlin, 16. April. Die Zeichnungsfrist für die neue 7,5prozentige preussische Staatsanleihe von 1923 läuft am 18. April ab. Wie der Amtliche preussische Pressedienst mitteilt, sind Zeichnungen nach den bisherigen Schätzungen in recht betrüblicher Weise eingegangen. Allen Anschein nach werden sie besonders von den größeren Anstalten und Verbänden, die ihre Vermögen ganz oder teilweise inländischer anzulegen geneigt sind, in großem Umfang getätigt. Die neue Anleihe, die dieselben Sicherheiten bietet wie die älteren und für die der preussische Staat mit seinem gesamten Vermögen haftet, wird zur Zeit mit 10 Prozent verzinst. Es sind auch Anzeichen vorhanden, daß sich das Ausland für die neue Anleihe interessiert.

Das würt. Justizministerium zur Bekämpfung der Trunksucht. Auf eine vom Würt. Landesauschuss gegen den Alkoholismus eingereichte Eingabe, die eine Reihe von Anregungen zur Ergänzung des Polizeistrafbgesetze durch armen- und strafrechtliche Maßnahmen gegen die Trunksucht enthält, hat das würt. Justizministerium u. a. geantwortet, daß die Möglichkeit mit Arbeitszwang vorzugehen gegen solche Verurteilten, die ihren Verdienst für sich verbrauchten und durch Vernachlässigung ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht ihre Angehörigen nötigen öffentlichen Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, nach Art. 14 des Gesetzes vom 14. Juli 1889 schon im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung vorhanden ist.

Die Eingabe hatte ferner nach dem Vorgang anderer deutscher Länder befürwortet, die gesetzliche Unterlage dafür zu schaffen, daß Trunksüchtige während der Zeit, in der ihre Angehörigen Armenunterstützung genießen, auch wider ihren Willen in Heilstätten untergebracht werden und Betrunkenen, die öffentliches Vergnügen geben, gemeingefährlich werden, Kabinettstrafe verüben oder öffentlich Unzufriedenheit, in polizeilichen Gewahrsam und im Wiederholungsfall in mehrjährige Haft genommen werden können. Das Justizministerium weist diesen Anregungen gegenüber darauf hin, daß das Reichsstrafgesetzbuch in den §§ 360—362 eine im allgemeinen hinreichende Grundlage zur Verhängung von entsetzlichen Strafen, namentlich von Geldstrafen, gegen Trunksüchtige bietet. Obwohl zuzugeben sei, daß diese Bestimmungen nicht allen bei Bekämpfung der Trunksucht zutage tretenden Bedürfnissen Rechnung tragen, so sei doch eine Ergänzung dieser Bestimmungen in Württemberg vor einer reichsgesetzlichen Neuregelung dieser Fragen nicht unbedingt erforderlich. Den Vorschlag, Trunksüchtigen bis zur Dauer von einem Jahr das Wirtshaus zu verbieten, wie das in Baden, Bayern und Preußen geschieht, hält das Justizministerium für kaum durchführbar. Ebenfalls nach dem Vorgang verschiedener deutscher Länder war in der Eingabe im Anschluß an die bedingte Begnadigung die Einführung einer Trinkerbenötigung mit Schuldanstand durch Trinkerfürsorgestellen und Entlastungsfördervereine empfohlen; auch diese Maßnahmen erachtet das Justizministerium in Württemberg zurzeit nicht für erforderlich.

## Inhaltbare Zustände in Offenburg.

Die Enternung der Gendamerie und die Auflösung der Kriminalpolizei scheint in Offenburg unhaltbare Zustände herbeizuführen. Räuberische Diebstähle und Raubüberfälle mehren sich ebenso wie die Zusammenstöße zwischen französischen Soldaten und Bürgern. Die Nervosität der französischen Besatzung in Offenburg nimmt immer groteskere Formen an. Ein Gastwirt aus Reichenau war gezwungen worden, einen französischen Gendarmen nach Offenburg zu fahren. Dort nahm man ihm sein Auto fort, weil unterwegs zufällig eine Schraube sich gelockert hatte und der Gendarm annahm, daß sein Leben absehlich gefährdet worden sei. In den letzten Tagen kauften die Franzosen im neu besetzten badischen Gebiet Schulbücher auf, um sich über deren Geistes zu unterrichten. Am Donnerstag abend verlangten die Franzosen von der Gendamerie der Heilig-Kreuz-Kirche in Offenburg die Schlüssel zum Kirchsturm unter der Androhung der Verhaftung. Aufbegehrend will man dort eine Funktion errichten. Die Forderung wurde abgewiesen.

## Eröffnung des Verfahrens gegen die Krupp'schen Direktoren.

Essen, 17. April. Am gestrigen Nachmittag ist vor dem Untersuchungsrichter des Kreisgerichts der 77. Division Dr. Krupp von Bohlen und Halbach als Zeuge in der Angelegenheit der verhafteten Direktoren vernommen worden. Die Vernehmung Krupp's dauerte mehrere Stunden. Die Franzosen scheinen aus der Angelegenheit eine „große Sache“ machen zu wollen. Die deutsche Verteidigung will den Beweis erbringen, daß die Annahme, es handle sich bei der brutalen Erschießung

deutscher Arbeiter vor der Krupp'schen Autoballe um ein planmäßiges Vorgehen und um einen von den Deutschen gewollten Zusammenstoß, unrichtig ist. In der Verteidigung gehört auch der Schweizer Anwalt Morleaux, der Mitglied der juristischen Fakultät an der Universität in Genf ist.

## Pferdeställe statt Wohnungen.

Die Wohnungen der Eisenbahner in Trier-West bei Euren, die am 7. April von den Spahis in besonders brutaler und gewaltsamer Weise geräumt worden sind, dienen jetzt als Ställe für die Pferde der Spahis!

## Schwere Anklagen gegen die Hilfsbereitschaft Berlins.

Der Düsseldorf'sche Regierungspräsident Grüner, der sein Amt zurzeit von Barmen her ausübt, hat von dort an den Berliner Oberbürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem die lebhafteste Beschwerde über ein mangelndes Entgegenkommen der Berliner Bevölkerung bei der Unterbringung ausgewiesener Beamten und deren Familien geführt wird. So habe in einer Sitzung der Regierungspräsidenten der Rheinprovinz der Regierungspräsident von Trier erwähnt, daß für vier- bis fünf-Zimmerwohnungen in Berlin ausgewiesenen Familien Mietpreise von sechs bis acht Millionen Mark monatlich abverlangt worden seien und daß bei der Unterbringung von Familien mit kleinen Kindern die denkbar größten Schwierigkeiten gemacht würden. Regierungspräsident Grüner ersucht den Oberbürgermeister, auf die Berliner Wohnungsämter, über die ja behauerlicherweise in den letzten Monaten sogar Gerichtsprüfungen eine scharfe Beurteilung ausgesprochen, in dem Sinne der kürzlich ergangenen Reichsnotverordnung einzuwirken, die eine vorzugsweise Behandlung der Ausgewiesenen vorschreibt. Auf den Vorwurf Grüners, daß Berlin seine Pflicht gegen die Ruhrflüchtlinge nicht genügend getan habe, antwortet der Berliner Oberbürgermeister Weh in einem bemerkenswert erregten Schreiben, in dem er sich entschieden gegen die „Verunglimpfung der Stadt Berlin“ verwahrt und in dem er zugleich auf die Räte der überfüllten Vier-Millionen-Stadt hinweist, und um höheres Material ersucht. Jedenfalls wird man, wenn die Fürsorge für die Ruhrflüchtlinge nicht ausreichen sollte, diese zu erweitern haben.

## Ausland.

### Eine Volksabstimmung in der Schweiz.

Die Schweiz stand am Samstag und Sonntag wieder im Zeichen der Volksabstimmung. Es handelte sich um die sogen. Jolliterinitiative, d. h. um die Entscheidung über den Freibau oder die Beibehaltung der bisherigen Schutzpolizei. Von den sozialdemokratischen Konsumvereinen und anderen Verbänden und einzelnen Bürgergruppen wird verlangt, daß der jetzt in Kraft befindliche Verbrauchstarf aufgehoben und Jolliterbestimmungen nur noch auf dem Wege des Gesetzes erlassen werden können. Die Regierung und die übergroße Mehrheit des Landes als Gegner der Initiative machen geltend, daß gerade angesichts der jetzigen neuerlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise die Schweiz sich noch mehr auf eigene Kräfte stellen und sowohl Landwirtschaft wie Exportindustrie durch eine entsprechende Jolliterpolitik schützen müsse. Dadurch werde auch das Land vor weiterer Arbeitslosigkeit bewahrt. Außerdem müsse bei Wegfall eines großen Teils der Jollitergebühren eine andere Art von Besteuerung wieder eingeführt werden. Bei der Volksabstimmung wurde nun die sozialdemokratische Jolliterinitiative mit 462 340 gegen 169 970 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von rund 64 Prozent verworfen.

### Die englische Presse zu Poincares Rede in Dänkirchen.

London, 16. April. Die Westminster Gazette nimmt als einziges Blatt zu der Rede Poincares in Dänkirchen in einem Leitartikel Stellung. Das liberale Blatt schreibt, die Rede des französischen Ministerpräsidenten fördere die Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland stehenden Fragen nicht merklich. Poincare habe gestern die Gelegenheit ergriffen, um eine Anzahl von Dingen zu sagen, die in der augenblicklichen Lage belanglos seien. Er habe die einzige Frage unberücksichtigt gelassen, die dringend geklärt werden müsse, nämlich den Betrag, den Frankreich fordert. Was die Welt augenblicklich von Frankreich erwarte, sei ein Zeichen, daß es die Forderung aufgegeben habe, die Deutschland für immer in Bezug erklären würde. Vielleicht sei es zu viel gewesen, zu erwarten, daß Poincare so vollständig herabstimme. Es sei jedoch an der Zeit, zu erkennen, daß die Welt hier dauernd wiederholten Erklärung französischer Entschlossenheit, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, ohne einen Grund dafür anzugeben, überdrüssig sei. Die Westminster Gazette drückt die Ansicht aus: Wenn der britische Plan angenommen worden wäre, so würde die vollständige Solidarität unter den Alliierten gegenüber einem widerspenstigen Deutschland vorhanden gewesen sein und fabelhaft fort: Wenn auch Poincares Rede als eine veräuselte Gelegenheit angesehen werden muß, so darf Deutschland nicht unbeschränkt seine Taktik purer Halsstarrigkeit (1) fortsetzen. Deutschland darf nicht seiner Verantwortlichkeit zu entgehen suchen, weil Frankreich eine von den weißen Leuten beurteilte, Aktion unternommen hat. Ein aufrichtiges, vernünftiges deutsches Angebot wird eine wesentliche Veränderung der Lage herbeiführen. Poincare hat gestern die Tür nicht geöffnet, aber auch nicht geschlossen, und es ist jetzt Zeit, daß Deutschland erkennt, was von ihm erwartet wird. England steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland Reparationen leisten muß. Der diplomatische Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, man könne sich kaum etwas vorstellen, was weniger der Stimme eines Mannes gleiche, der behreht sei, in der augenblicklichen Krise zu verharren, als die gestrige Rede Poincares.

„Daily Herald“ überschreibt seinen Bericht über die Rede des französischen Ministerpräsidenten: Poincare verurteilt die Hoffnung auf eine Ruhrregelung. Der Pariser Bericht-

Katze des Blattes sagt, Poincarés Rede mache es klar, daß die durch die Erweiterungen im Anschluß an die Reise Lauchens erweckte Hoffnung auf eine baldige Regelung der Ruhrfrage illusorisch war.

Die Probe aufs Exempel.

Ungarn gibt den Kommunisten freie Bahn zur Durchführung ihrer Grundzüge. Ministerpräsident Stambolski kündigte einen Gesetzentwurf an, nach dem in einer Landgemeinde, in der mehr als zehn Eigentümer der kommunikativen Partei angehören, das Eigentum der Parteimitglieder enteignet und eine kommunale Gemeinschaft gebildet wird, in die alle Kommunisten der Gemeinde eintreten müssen.

„Europas Schicksal auch das Schicksal Südafrikas.“

Einer „Times“-Redeung aus Kapstadt zufolge erklärte General Smuts in einer dort abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung zur europäischen Krise, die alte Welt befinde sich in großer Gefahr. Nationalistische Leidenschaften rissen Europa in Stücke. Südafrika müsse für das größere und vernünftiger Ideal menschlicher Zusammenarbeit eintreten. Es müsse sein großes Gewicht in die Waagschale werfen, um den Frieden der Welt zu wahren und den europäischen Verfall zu verhindern. Im Oktober werde sich die Reichskonferenz mit der Frage beschäftigen, ob es möglich sei, nur ein gleichgültiger Zuschauer bei einer sich rasch entwickelnden europäischen Krise zu sein. Kräfte würden in Europa freigelassen, die eine Kriegsära heraufführen könnten, und diese werde mit dem Ruin der europäischen Zivilisation enden. Die Zeit nähere sich rasch, wenn sie nicht bereits gekommen sei, da Südafrika seinen Standpunkt in gewissen Eventualitäten definieren und ihn der Welt erklären müsse. Smuts sagte: Ich weiß, daß ich auf heißen und gefährlichen Boden trete; aber das Schicksal Europas kann für Südafrika nicht eine gleichgültige Frage sein.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Schwann, 16. April. Am kommenden Sonntag, den 21. April, veranstaltet der Gesangverein „Frohinn“ im Gasthaus zum Waldhorn eines seiner in der ganzen Umgebung beliebten Konzerte. Zum Vortrag kommen Männer-, Frauen- sowie gemischte Chöre, und zwar meistens unsere schönen Volkssänger. Seit der letzten glänzend verlaufenen Abendunterhaltung ist auf dieses Konzert ein tüchtig geistiges Interesse, so daß alle Besucher sicherlich befriedigt sein werden. Herr Oberlehrer Stanger, Feldbrennmaier, welcher den Gesangverein schon längere Jahre mit großer Umsicht und schönen Erfolgen dirigiert, hat mit der Zusammenstellung des Programms aufs Neue bewiesen, daß er nicht nur ein guter Dirigent ist, sondern daß er auch die ganze Musikliteratur kennt und für jede Musikrichtung etwas bieten wird. Der Beginn des Konzerts ist auf 3 Uhr nachmittags angesetzt.

Württemberg.

Stuttgart, 16. April. (Der Eierpreis.) Die Württ. Landwirtschaftliche Anstalt hat in der Württ. Wochenblatt für die Landwirtschaft zur Eierpreisgestaltung Stellung und weist darauf hin, daß im Gegensatz zu der Preisbewegung früherer Jahre, wo die Eierpreise mit dem Fortschreiten der Vegetationszeit mehr und mehr zurückgingen, sich heute die gerade umgekehrte Preisbewegung zeigt. Der Eierpreis für ein Ei betrug vom 4.-11. Februar 60-120 Mark, 12.-25. Februar 100-180 Mark, 26. Februar bis 4. März 140-220 Mark, 5. bis 11. März 150-250 Mark. Von einer Steigerung der Eierpreise im Verlaufe dieser paar Wochen konnte nicht die Rede sein. Die Preise für Getreide und Futter gingen sogar etwas zurück. Die Eierpreissteigerung geht auch weit über das Maß der Selbstverwertung hinaus. Nach der Lebenshaltungsziffer würde sich jetzt ein Preis von 185 Mark für ein Ei ergeben. Bayern hat erheblich niedrigere Eierpreise. Der weitestgehende Teil des württ. Bedarfs an Eiern wird durch die Eigenzeugung im Lande gedeckt.

Stuttgart, 17. April. (Hochschülerin.) Von 15 Staatsanwaltschaften gesucht war die Hochschülerin, die am Gründonnerstag hier als Frau Dr. Bruns mit ihrem Gemahl, der sich inzwischen als ein ehemaliger Student der Medizin entpuppt hat, verhaftet worden ist. Wie jetzt in Berliner Blättern berichtet wird, trat diese „Dame“ unter dem Namen Frau Dr. Kellermann, Frau Dr. Bruns u. a. in Berlin und in vielen anderen Großstädten auf. Sie trieb stets mit ihrem angeleglichen Manne, wohnte in den besten Hotels oder Fremdenheimen und räumte sich engerer Beziehungen zu hervorragenden Künstlern, dank denen sie bedeutende Bilder verhältnismäßig billig verschaffen konnte. Sie ließ sich erhebliche Anzahlungen geben und ward dann nicht mehr gesehen. Sie wurde nunmehr als eine gewisse Thea Hädler entlarvt und wird jetzt eine Rundreise antreten, um sich zunächst an 15 Stellen vor Gericht zu verantworten.

Stettin, 17. April. (Wäckerstreit.) Dem dieser Tage berichteten Wäckerstreit in Michalden im Oberdorf ist ein solcher im nahen Keringen gefolgt, wo die Wäcker in den Streit traten, weil ihnen die Gemeindevorwaltung nicht mehr wie früher das Holz zu erschwinglichem Preis ablassen will. Die Gemeinde will ihr Holz meistbietend verkaufen.

Stettin, 16. April. (Todesfall.) Nach langer schwerer Leidenszeit verchied am Sonntag der frühere Buchdruckerei- und Verleger der Salzer Chronik, J. Pösch, im 71. Lebensjahr. 28 Jahre hatte er Schriftleitung und Verlag des Blattes inne, das er durch unermüdelichen Fleiß und sachmännliche Tätigkeit vorwärts brachte. Die Kriegsjahre mit ihren ungewöhnlichen Anforderungen erschütterten die Gesundheit des fröhlichen Mannes und im Frühjahr 1919 verkaufte er das Geschäft an seinen Neffen Karl Haas, mit dem er in hilfsbereiter Verbindung blieb und die schweren Sorgen der Nachkriegszeit teilte. Seit dem Spätsommer war er infolge eines Fußleidens ans Bett gebunden. Der Verstorbene war auch als heiterer Gesellschafter, besonders im Wiederkauf beliebt und geschätzt.

Obernberg, 17. April. (Die zweite Wahl.) Bei der Gemeinderatswahl haben von 2778 Wahlberechtigten 1907 abgestimmt. Von 1472 abgegebenen gültigen Stimmen fielen auf den Wahlvorschlager der Sozialdemokratie 901, auf den bürgerlichen Vorschlag 575, auf den der freien Wählervereinigung 306. Die Sozialdemokratie vermehrte ihre Stimmenzahl (bei der Dezemberwahl 4029) und in Verbindung mit den Kommunisten (4777) ganz bedeutend zu vergrößern, so daß sie die stärkste Partei in der Stadt geworden ist. Die freie Vereinigung hat gegenüber der vorausgegangenen Wahl an Stimmen rund 500 eingebüßt, behauptete aber ihre bei ihrem ersten Auftreten gewonnenen zwei Sitze, welche dem Zentrum und der Demokratie verloren gingen. Die beiden letztgenannten Parteien haben für die Wahl einen gemeinsamen, den „bürgerlichen Wahlvorschlager“ abgegeben. Mit demselben erlangte das Zentrum zwei, die Demokratie einen Sitz. In dem Verhältnis der bürgerlichen Stimmen zu den Sozialdemokraten hat sich nichts geändert; bei den Letzteren hat nur ein Wechsel in der Person stattgefunden, die Ausschließenden wurden wiedergewählt. Durch das Auftreten der freien Vereinigung wurden zwei seitberige Gemeinderäte nicht wiedergewählt, die mit ihrer Erfahrung in wirtschaftlichen Fragen dem Kollegium bestens zur Seite gestanden sind. Im übrigen wurden alle bisherigen Gemeinderäte wiedergewählt. Von der Sozialdemokratie wurden die meisten wiedergewählten Ratgeber abgegeben. Schönbach, 17. April. (Schulratswahl.) Bei der Schulratswahl haben 51 Prozent der Wähler abgestimmt. Von 718 gültig abgegebenen Stimmen erhielt der Sozialdemokrat O. Leopold 716 Stimmen. Er ist somit glänzend wiedergewählt.

Wien, 17. April. (Schwammberger gegen Wieland.) Seit gestern wird vor dem Schöffengericht der große Verleumdungsprozess des Oberbürgermeisters Dr. Schwammberger gegen den bekannten Amtsrichter Konstantin Wieland, den Rechtsanwalt Storz und einen Stadtreisenden namens Kaufmann verhandelt, die den Oberbürgermeister teils in öffentlichen Versammlungen, teils bei anderen Gelegenheiten mit allerhand Schmehelnamen bedacht haben, wobei die Ermahnungen Schwammbergers an Wieland, in seinen religiösen Vorträgen den Takt zu wahren, eine große Rolle spielen. Wieland nannte dafür Schwammberger einen Lustspielmacher und bezweifelte sein Ehrgefühl. Storz warf Schwammberger seine drei Aufsichtsratsstellen vor und verhöhnte ihn als Nigardienadriant, nachdem er einmal mit dem Oberbürgermeister in Meinungsverschiedenheiten wegen der Donauversicherung geraten war. In der Beweisaufnahme gab es lange Erklärungen von Wieland und Storz.

Baden.

Pforzheim, 17. April. Einem Raubüberfall auf der Straße bei Eisingen ist ein junger Kaufmann aus Königsbach zum Opfer gefallen. Als er mit dem Rad nach Pforzheim fuhr, wo er beschäftigt ist, sprang plötzlich ein junger Mensch aus dem Wald und zwang den Radfahrer mit vorgeschobenem Revolver, ihm seine Borschaft auszuhändigen. Mit den erbeuteten 8000 Mark suchte der Räuber das Weite. — In Berlin sind zwei Pforzheimer Angestellte, die wegen großer Scheckfälschungen verfolgt wurden, verhaftet worden. Einer der Verhafteten war in einem Pforzheimer Geschäft mit der Führung der Lohnbücher betraut gewesen und hatte hierbei die Gelegenheit benützt, einige Scheckformulare zu fälschen. Auf einen gefälschten Scheck hatte er 2 Millionen Mark erhoben und war mit seinem Freunde nach Berlin gefahren, wo die beiden Verhafteten in vier Tagen die ganze Summe durchgebracht hatten.

Freiburg, 16. April. Bei einer Besichtigung im Borort Haslach und den verschiedenen Stadtteilen wurde mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß aus Mangel an Geldmitteln eine Reihe von angefangenen Bauten vorerst unvollendet liegen bleiben müssen. In ihrer völligen Fertigstellung wären 800 Millionen bis 1 Milliarde nötig. Trotz der erheblichen Zahl der in den vergangenen vier Jahren fertiggestellten Bauten mit Wohnungen sind in Freiburg über 1100 Familien nur notdürftig untergebracht. Der Wunsch dieser oft nur in einem einzigen Zimmer ohne Küche zusammengepferchten Leute geht vor allem auf die Zuweisung einer menschenwürdigen Wohnung.

Freiburg, 16. April. Der wegen Fahrabdiebstähle schon mit empfindlichen Strafen belegte 30jährige Karl Kammerer von hier stahl Mitte Februar vor der Ortsrentenkasse wieder ein Fahrrad, das ihm nach drei Tagen von dem zufällig des Weges daherkommenden Bestohlenen auf dem Marktplatz abgenommen wurde. Auf dem Wege zur Polizei rannte Kammerer in wilder Flucht davon. Den Verfolgern gelang es jedoch, ihn aus seinem Versteck, einem Abort der Volksküche, herauszuholen. Das Schöffengericht bestrafte jetzt den anscheinend unverbesserlichen Fahrradmarder mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Triberg, 16. April. Das größte der hiesigen Hotels, das Schwarzwaldhotel mit dem Kurhaus Waldbau, ist in anderen Besitz übergegangen. Die bisherigen Besitzer Birkmeyer und Strüben haben das Anwesen an die Herren Gressler aus Rärnberg und Belten aus Baden-Baden verkauft. Das Haus, das mit dem Triberger Kur- und Fremdenleben aufs engste verknüpft ist, wird in unveränderter Weise fortgeführt.

Konstanz, 16. April. Bei der Wucherbekämpfung im Kreis Konstanz erhielt ein Landwirt von Weichs 300 000 Mk. Geldstrafe und 130 000 Mk. Gewinnzug. Ein Händler von Sautdorf wurde mit 900 000 Mark, ein Wehger von Bullendorf mit 250 000 Mark, ein Müller von Flurnühle mit 500 000 Mark und ein Holzverleger von Hammereisenbach mit dem gleich hohen Betrag bestraft. Im Bezirk Koblitzell, Ueberlingen und Engen wurden Geldstrafen bis 500 000 Mark und in einem Falle sogar eine Geldstrafe von 1 Million Mark und Einzug des übermäßigen Gewinns von 1 300 000 Mark ausgesprochen.

Rannheim, 16. April. „Teure Erlebnisse“ hatte ein jüngerer Wehger von Obrigheim, der sich mit etwa zwei Millionen Mark Bargeld zum letzten Rannheimer Viehmarkt begab, um im Auftrag seines Vaters Vieh zu kaufen. In Rannheim verzichtete er jedoch auf den Viehkauf, beschränkte sich vielmehr auf einige kleinere Einkäufe und geriet dann in lustige Gesellschaft. Bei der Heimkehr stellten seine Angehörigen den Verlust von etwa einer Million Mark fest, die ihm von den rasch gewonnenen „guten Freunden“ gestohlen worden waren.

Vermischtes.

Was kostet die 1922er Ferienreise? In den Vädern und Sommerfrischen sind schon zahlreiche Anfragen nach den diesmaligen Preisen eingegangen. Die Antworten lauten wenig tröstlich. Von 8000 Mark aufwärts, vorausgesetzt, daß die Preise nicht weiter ansteigen! Hierzu treten die erhöhte Kurtag- und die außerordentlich gesteigerten Wäckerkosten, eine Folge der hohen Kohlenpreise.

Vorsicht vor französischen Anwerbern! In den letzten Tagen trieben französische Anwerber in Rärnberg ihr Unwesen. Sie suchten vornehmlich für Eisenbahndienste nach Ludwigshafen fährichtige Leute anzuwerben und scherten ihnen einen Tagelohn von 45 französischen Franken neben freier Verpflegung und Unterkunft zu. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ist ihnen aber noch kein Haug geblieben. Mit Vorliebe suchen die Anwerber die Ausbäckereien der Tageszeitungen und die Eingänge zu den Arbeitsvermittlungstellen auf, wo sie die Arbeitssuchenden ansprechen und zu gewinnen suchen. Einer dieser Anwerber wird als ein Mann in mittlerer Größe, im Alter von ungefähr 40 Jahren, mit großer, schwarzer Hornbrille, englisch geschnittenem Schnurrbart, hellgrauem Anzug und Schweizer Dialekt beschrieben.

Die Rat der Presse. Nach den Berichten der Organisationskommission der deutschen Zeitungsverleger sind in der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 1. Dezember 1922 ganz eingegangen 243 Zeitungen, Blätter, Rundfunk und andere auf und 167 Zeitungen, Blätter ihren Umfang erheblich ein. Die amtlichen Ermittlungen haben auch ergeben, daß im Durchschnitt gemessen der Rückgang im Anzeigengeschäft sich bei den meisten Zeitungen auf 10 Prozent und darüber beläuft. Dagegen stiegen die Preise für Anzeigepapier im März auf das 6-7fache der Durchschnittspreise. Um einen Ausgleich zu schaffen, konnten die deutschen Zeitungen den Bezugspreis dagegen nicht annähernd in entsprechender Weise erhöhen, sollte nicht der Bezug völlig unterbunden werden. Daß in dieser Entwicklung der Verhältnisse der deutschen Presse eine große Gefahr für die Fortentwicklung des öffentlichen Lebens und das Kulturgut der freien Meinungsäußerung liegt, wird durch die amtlichen Darlegungen bestätigt.

Der Tod auf der Wasserrutschbahn. Auf dem Rutschbahn vor dem Frankfurter Tor in Leipzig findet zurzeit die Leipziger Kleinmesse statt, die neuen Verkaufsstellen auch Beräumungen aller Art bietet. Dazu gehört eine Wasserrutschbahn, auf der sich gestern abend ein schweres Unglück ereignete. Der 17jährige Handlungsgehilfe Werner wurde, als der Wasserrutschbahn die letzte Kurve durchfuhr, herausgeschleudert; der Tod trat auf der Stelle ein. Seine Braut, die sich an der Fahrertellegte, war Beginn des Unglücks. Da die technischen Einrichtungen der Bahn eine Gefahr für das Publikum vollständig ausschließen, ist das Unglück nur dadurch zu erklären, daß Werner die bestehenden Vorschriften nicht beachtet und die Rutschbahn durchfahren hat.

Von seinen sechs Töchtern in den Tod geleht. Der 37jährige frühere Schmiedemeister Fenzler aus Nieder-Losau, walden verkaufte kurz vor dem Krieg seine Schmiede, um in der Ruhe zu leben. Er war damals ein wohlhabender Mann. Die Geldentwertung brachte ihn in so große Not, daß er in seinen Kindern Zuflucht nehmen mußte. Wegen seiner Unvorsichtigkeit gerieten seine sechs verheirateten Töchter, die naturgemäß in reichen Verhältnissen leben, in Streit. Schließlich erzwang sie sich dahin, daß jede der Weiber nach vier Wochen den Vater bei sich aufnehmen sollte. Neuerdings aber wurde der alte Mann fast täglich seinem Wohnsitz beraubt; häufig schlossen die Töchter vor ihm das Tor. Dieses Leben hat sich Fenzler dieser Tage erhängt.

Schiebertrache. Alle verdächtigsten Trache, können sich auch die Schieber und Schleichhändler im Versteck einander einer Art Notweilich, aus dessen ungeschriebenen Seiten das „Neue Wiener Journal“ die folgenden lustigen Schilderungen bringt: Leute, die „in Schleich molochen“, das heißt im Schleichhandel arbeiten, verkaufen ihre Waren nicht, sie „schließen“, „verschließen“ oder „verschärfeln“ sie. Natürlich gegen „schweren Faser“ (viel Geld). Wer links behaltet (schlecht bezahlt), kann im Schleichhandel nichts bestehen. Der Schieber rechnet in drei englischer Weise nur nach „Blund“ (einem Zentner „Staub“ (Mehl) verdient er zum Beispiel nur 1000 Mark, sondern er „erbt“ 5 Pfund. Sehr häufig kann es auch vor, daß ein Schieber den anderen „plombiert“ (schwindelt), beifriedweise wenn „blinde“ (nicht vorantende) Ware in der Kette verbleiben wird. Solche Überlieferungen zeichnet man als „Ante Kullerte“ (gemeine Dialekte). Sollen Respekt und — gläubigen daß trägt der Schieber gegen „schwarzen Mann“ im Busen. Wenn der Einsatzmann nicht wäre, der schwarze Mann, wie schön ließe sich das an und „schließen“...

Stenographie als Pflichtfach. Mit Beginn des neuen Schuljahres führt die braunschweigische Regierung die Stenographie in den städtischen Volksschulen und in den Mittelschulen ein. Der Unterricht ist zweifach in der Woche an Stelle einer Religion und einer Schreibkunde. Einige gelungene Sätze finden wir im „Gemeinschaftlichen Sagen“: Früherhin kommt zu spät in die Schule, und der Vater bedeutet ihm: „Das nächste Mal bringst Du mir aber ein Entschuldigung vom Vater mit!“ — „Ne“, meinst du nicht, das will ich lieber lassen!“ — „Wieso?“ — „Entschuldigung kann mein Vater nicht machen, Mutter hat den Schmidt mit ihm gleich raus.“

Handel und Verkehr. Stuttgart, 17. April. Dem Dienstagmarkt am Schloßhof waren zugeführt: 15 Ochsen, 20 Bullen, 140 Jungbullen, 126 Jungrinder, 174 Röhre, 519 Röhre, 502 Schweine, 30 Schafe, 4 Riegen. Unverkauft blieben Jungrinder, 7 Röhre, 1 Schwein. Erlös aus je 1 Tonne Lebendgewicht: Ochsen 1. 2350-2550 (letzte Markt: 2350 bis 2500), 2. 1650-2150 (unv.), Bullen 1. 1750-1850 (1750-1850), 2. 1500-1600 (1500-1650), Jungrinder 2350-2550 (unv.), 2. 1900-2200 (unv.), 3. 1550-1750 (unv.), Röhre 1. 1600-1800 (unv.), 2. 1150-1450 (unv.), 3. 800-1000 (750-1000), Röhre 1. 2450-2550 (unv.), 2. 2200-2350 (2100-2300), 3. 1800-2100 (1850-2000), Schweine 1. 2850-3000 (2850-2950), 2. 2650 bis 2750 (2650-2750), 3. 2200-2400 (2100-2450) Mark. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

München, 17. April. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 14 Mütter, 8 Käufer und 220 Milchschweine. Verkauf wurden 1 Mutter, 8 Käufer, 6 Käufer, 220 Milchschweine. Erlös wurden für Mutter, 215 000-220 000 Mark für Käufer, 150 000-170 000 Mark.

Neueste Nachrichten. Stuttgart, 17. April. Die heutige Nummer der „deutschen Arbeiterzeitung“ wurde durch Beschluß des Reichsgerichts Stuttgart Stadt beschlagnahmt. München, 18. April. Im Marktsteden Klein-Wirten explodierte eine Granate, die ein Bauer, Vater von 11 Kindern, auf dem Lechfeld gefunden hatte, und die er gemeinsam mit seinem 19jährigen Sohn entladen wollte. Vater und Sohn wurden in Stücke gerissen. München, 17. April. Der bayerische Landtag beginnt heute nachmittag im Plenum seine Tätigkeit nach der Osterferien.

lerien damit, daß...  
Protokolle gegen...  
Hör- und Hör...  
von dem Blatte...  
Der Präsident...  
Bewunderung...  
und erklärte...  
wie diesen pass...  
Das Haus hatte...  
zum Schluß dur...  
sine Zustimmung...  
Offenburg...  
Offenburger Kan...  
ein Amtsgehilf...  
behobens Off...  
innerhalb 48...  
betragte vor...  
Schuldungen auf...  
Umlagens der...  
Einrichtungen zur...  
Ludwigshaf...  
Eisenbahnen au...  
April wurden in...  
mit dem verschie...  
Großherzog...  
gewissen wochen...  
Frankfurt...  
Schmittling ein...  
Gebietes der G...  
Kantonsdirektio...  
ten sind 49 G...  
Kleinbahn ausge...  
Gesetz, 17. A...  
Zerka, verlobt...  
Berlin. — Uebe...  
die Blätter, daß...  
170 von den Ein...  
Behörden ruht...  
Berlin, 18. A...  
ogentur“ in Wa...  
fremden erlassen...  
sitten mit der...  
man sie Inform...  
Widerstands im...  
lebendige Gefin...  
Im übrigen un...  
Ländern so auch...  
gemein erlassen...  
Berlin, 18. A...  
Tageblatt“ hat...  
des Bundes der...  
Kaufmannen, an...  
weirangshöhe...  
weirangshöhe...  
Niet, eine Unter...  
nando in Mü...  
Schritte zur Auf...  
Königsberg...  
wegen der Zer...  
Bousfia in Mes...  
eine Mitteilung...  
Sozial ausgepr...  
die Unterfuchung...  
mit aller Schär...  
Die Wiederher...  
die Bevölkerung...  
Wien, 18. A...  
59 Stimmen de...  
präsidenten gem...  
infolge der Jof...  
as...  
Erfüll, 18...  
der von der deut...  
die der Befähig...  
nungzahlung über...  
süßtermin eingel...  
zenden diese Sch...  
bestätigt...  
Wien, 18. A...  
hat den Gehe...  
breiten. Anze...  
Lebendgewicht...  
welcher die Frau...  
ärztlichen Hilfs...  
Zwick, 18. A...  
der dritten D...  
der Gesellschaft...  
Franz...  
Königsberg, 1...  
von einem franz...  
beid er von nicht...  
nicht nichts un...  
Rein. Darauf...  
wobei der Beam...  
Röhre beherrsch...  
fäher den Polzei...  
nach Ermahn...  
Kontrollen eingel...  
rillen und gefran...  
widerum mit Re...  
nach in dem Do...  
von französischen...  
und dort einer...  
hohen war die...  
Dietrich besle...  
des Vornamts...  
Werbere...  
Zwick, 18. A...  
föhen Arbeit...  
her de Besetz...  
Zinsausmittl...

Organisations...  
24. Jan...  
Erklärung...  
Klein-K...  
Vater...  
entladen...  
Landtag...  
nach der...

ferien damit, daß der Präsident Königbauer eine flammende Protestrede gegen die Bluttat in Essen hielt, die durch Ober- und Untertan der Abgeordneten dort, wo der Präsident von den Bluttat der Franzosen sprach, unterstrichen wurde. Der Präsident sprach namens des bayerischen Volkes seine Bewunderung den Kämpfern an der Ruhr und am Rhein aus und erklärte, daß nur durch Geschlossenheit im Innern und diesen passiven Widerstand stärken können. Das Haus hatte die Protestrede stehend mit angehört und um Schluß durch einstimmigen Beifall von rechts und links seine Zustimmung gegeben.

**Offenburg, 17. April.** Der Stationsvorsteher des Offenburg-Rangierbahnhofs, ein Eisenbahninspektor der Amtsgerichts, die im Verwaltungsgebiet des Rangierbahnhofs Offenburg wohnen, müssen ihre Dienstwohnungen innerhalb 48 Stunden räumen, weil in dem Bahnhof Sanitäre Vorkehrungen entstanden sind, dann dürfen sie nur auf die Wohnungen zurückzuführen sein. In der Handhabung der Verfügungen zurückzuführen sein.

**Ludwigshafen, 17. April.** Die Ausweisungen von Eisenbahnern aus der Pfalz gehen weiter. Bis zum 16. April wurden insgesamt 283 Eisenbahner ausgewiesen. Auch zur Gewalttätigkeit über Wohnungsüberweisung usw. werden von den verschiedensten Städten gemeldet.

**Großraun, 17. April.** Hier sind 18 Eisenbahner ausgewiesen worden.

**Frankfurt, 17. April.** Die Franzosen fuhren heute Nachmittag einen Sonderzug an der Grenze des besetzten Gebietes bei Griesheim an. Der 111 Ausgewiesene der Reichsbahndirektion Mainz und Frankfurt enthielt. Außerdem sind 49 Eisenbahnbeamte und Arbeiter der rechten Rheinbahn ausgewiesen worden.

**Essen, 17. April.** Der päpstliche Delegat, Monsignore Zetta, verläßt heute das Ruhrgebiet und begibt sich nach Berlin. — Ueber die Verbrechen im Ruhrgebiet berichten die Blätter, daß von den 206 Bahnhöfen des Ruhrgebietes 170 von den Einbruchstruppen besetzt sind. Auf 60 dieser Bahnhöfe ruht der deutsche Betrieb vollkommen.

**Berlin, 18. April.** Nach einer Meldung der „Öst-Post“ in Warschau soll eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen worden sein, wodurch ausländische Journalisten mit der Anlage wegen Spionage bedroht werden, wenn sie Informationen über die Aussichten des passiven Widerstands im Ruhrgebiet geben. Diese Meldung ist eine tendenziöse Erfindung. Eine solche Verordnung besteht nicht. Im übrigen unterliegen Ausländer wie in allen anderen Ländern so auch in Deutschland den gegen Spionage allgemein erlassenen Gesetzen und Verordnungen.

**Berlin, 18. April.** Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ hat vor einigen Tagen in Ansbach eine Parade des Bundes der „Reichsflagge“ vor General Ludendorff stattgefunden, an der, wie das Blatt meldet, auch Reichswehrangehörige teilgenommen haben sollen. Von dem Reichswehrministerium ist nun, wie das „Berliner Tageblatt“ erwidert, eine Untersuchung eingeleitet und das Wehretreiskommando in München ist ersucht worden, die erforderlichen Schritte zur Aufklärung der Angelegenheit zu tun.

**Königsberg, 17. April.** Auf die deutsche Beschwerde wegen der Zerstörung der Denkmäler Wilhelm's I. und der Verhaftung in Ansbach ist jetzt vom litauischen Oberkommissar eine Mitteilung eingegangen, in der das Verhalten über den Vorfall ausgesprochen und gleichzeitig versichert wird, daß die Untersuchung bereits im Gange sei und die Attentäter mit aller Schärfe zur Verantwortung herangezogen würden. Die Wiederherstellung der Denkmäler soll erfolgen, sobald die Bevölkerung sich beruhigt hat.

**Wien, 18. April.** Der Nationalrat hat mit 100 gegen 59 Stimmen den christlich-sozialen Seipel zum Ministerpräsidenten gewählt. Aus dem bisherigen Kabinett scheiden infolge der Zusammenlegung der Ministerien zwei Minister aus.

**Brüssel, 18. April.** (Agence Belge.) Die dritte Serie der von der deutschen Reichsbank garantierten Schatzwechsel, die der belgischen Regierung im Oktober 1922 als Reparationszahlung übermittelt wurden, wurde vorgestern zum Verkauf eingeleitet. Wie die Agentur zu wissen glaubt, werden diese Schatzwechsel von einem holländischen Bankhaus Nationalist.

**Warschau, 17. April.** Die Militärkommission des Sejm hat den Gesetzentwurf betreffend die Militärdienstpflicht beraten. Angenommen wurde ein Antrag, demzufolge die Wehrzeit auf 1 1/2 Jahre festgesetzt wird, ferner ein Antrag, welcher die Frauen im Alter von 20—40 Jahren zu militärischem Hilfsdienst verpflichtet.

**Dudna, 18. April.** Die Befehlshaber der ersten und der zweiten Division der Aufständischen sind in den Bergen der Grafschaft Waterford gefangen genommen worden.

**Französische Gewalt im badischen Gebiet.**  
**Mannheim, 17. April.** Gestern wurde ein Polizeibeamter von einem französischen Offizier darüber zur Rede gestellt, weshalb er ihn nicht grüßte. Der Polizeibeamte erwiderte zunächst nichts und antwortete auf wiederholtes Befragen mit Nein. Darauf schlug ihm der Offizier den Helm vom Kopf, wobei der Beamte zu Boden fiel. Mit Hilfe eines von der Besatzung bereitgestellten französischen Soldaten brachte der Offizier den Polizeibeamten nach der Wache. Dort wurde dieser nach Abnahme seiner Ausrüstungsgegenstände in einen Dolchstoß eingeworfen. Nach einiger Zeit wurde er hervorgezogen und gefragt, ob er jetzt grüßen wolle. Er antwortete wiederum mit Nein. Darauf wurde er die ganze Nacht hindurch in dem Dolchstoß gefesselt. Heute früh wurde er von französischen Soldaten nach Ludwigshafen transportiert und dort einer französischen Stelle vorgeführt. In Ludwigshafen war die Rede nicht mehr vom Grün, sondern vom Betreten besetzten Gebietes. Der Polizeibeamte wurde im Laufe des Vormittags wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Vorbereitung neuer französischer Räumereien.**  
**Düsseldorf, 17. April.** Der in Düsseldorf mit dem französischen Arbeitsminister Le Trocquer eingetroffene Finanzminister de Casserie unterhandelte mit General Degoutte und der Finanzkommission über das neue Finanzregime, das den Be-

zahlungsmaßnahmen gehalten soll, im Falle der Weigerung der Zahlung der Kohlensteuer in den Betrieben nicht nur Waren, sondern auch Maschinen zu beschlagnahmen. Der Minister der besetzten Gebiete, Kappeler, wird sich ebenfalls nach dem Ruhrgebiet begeben, um die Dolchträger zu beschlagnahmen, die beschlagnahmt und nach Nordfrankreich abgeschickt werden sollen. Auch der Kriegsminister Maginot wird erwartet.

**Berlin, 18. April.** Wie die Blätter aus Essen melden, wird die neue Verordnung des Generals Degoutte, die den Transport von Kohlen ohne französischen Passierschein verbietet, rigoros durchgeführt. Im Laufe des gestrigen Tages sind selbst kleine Kohlenmengen von 1 Zentner, die auf vierräderigen Kinderwagen in die Wohnungen geholt wurden, beschlagnahmt worden. Von der Beschlagnahme der Kohlentransporte werden in erster Linie kleine Fabriken und Gewerbebetriebe betroffen, in zweiter Linie aber auch Haushaltungen. Wie die Blätter bemerken, wird der enorme Druck, der durch diesen schrankenlosen Mißbrauch ausgeübt wird, einen erheblichen Gegenstand hervorrufen.

**Neue Gewaltmaßnahmen und Ausführungen.**

**Essen, 17. April.** Kurz nach dem Gelingen vormittag eine größere Summe Geldes in die Räume der Arbeitslosenfürsorge im Kaufgüter-Museum in Düsseldorf gebracht worden war, drangen die Franzosen dort ein und nahmen 22 1/2 Millionen Mark fort. Der Kassierer und der Kassenführer wurden mitgenommen. Man suchte sie zu Aussagen zu bewegen, ließ sie dann aber wieder frei. Dem Kassierer legte man eine französisch gefälschte Erklärung vor, wonach es sich nicht um Geld der Arbeitslosenfürsorge, sondern der Rhein- und Ruhrhöfe handelt, was er aber nicht gewillt habe. Der Kassierer, der zufällig französisch verstand, verteidigte seine Unterschrift unter dem Hinweis, daß es sich tatsächlich um Arbeitslosenunterstützung handelte. Die Franzosen nahmen auch die Liste der Gewerbetreibenden und die Kartei mit. — Der kommandierende General verächtlich durch Räumerschlag eine Verordnung Nr. 25 vom 20. März, in der es heißt, daß mit lebenslänglicher Zwangsarbeit oder mit Zwangsarbeit nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglicher Gefangenschaft bestraft wird, wer in den besetzten Teilen des Ruhrgebietes irgendwie den Post-, Telegrafien- oder Fernsprechdienst durch Zerstörung unterbricht und infolge dessen die Sicherheit und den Unterhalt der Versorgungsunternehmen oder die öffentliche Ordnung gefährdet. Liegen mildernde Umstände vor, so kann auf Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und eine Geldstrafe bis zu zehn Millionen Mark oder auf eine von den beiden Strafen erkannt werden. Die Strafen, die auf über fünf Jahre Zwangsarbeit oder Gefängnis lauten, können in der Strafhaft desjenigen Staats verbüßt werden, dem das das Urteil fallende Gericht angehört. — Eine Blättermeldung aus Frankfurt a. M. zufolge hat die Zahl der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Beamten einschließlich der Familienmitglieder 2000 überschritten. Besonders am Weichen Sonntag erfolgten Ausweisungen von Eisenbahnerfamilien aus ihren Wohnungen, während der größte Teil der Kinder mit den Eltern bei der kirchlichen Feier der Erstkommunikanten weilten. Als die weißgekleideten Erstkommunikanten aus dem Gottesdienst nach Hause kamen, fanden sie die dabei anwesenden Familienmitglieder auf der Straße bei den Müllern stehen.

**Aufhebung des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete durch die Rheinlandskommission.**  
**Koblenz, 17. April.** Die Rheinlandskommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt, daß sie mit dem heutigen Tage keine Tätigkeit und die seiner Behörde im besetzten Gebiet als beendete betrachte und daß sie seine und seiner Behörde Weisung aus dem besetzten Gebiet erwarten. Dem Reichskommissar ist von der Rheinlandskommission noch eröffnet worden, seine Behörde habe binnen 3 Tagen das besetzte Gebiet zu verlassen. Fürst Daghfeld hat sofort Einspruch erhoben unter dem Hinweis, daß das Abkommen zu seiner Ernennung nicht von der Interalliierten Rheinlandskommission, sondern von der Völkerbundkonferenz erteilt wurde und daß er demgemäß nicht der Rheinlandskommission das Recht zuzuerkennen könne, seine Willkür für beendet zu erklären.

Dieser wird von der Rheinlandskommission Seite bemerkt: Es handelt sich um einen neuen Gewaltakt der Rheinlandskommission, der die Einrichtung des Reichskommissariats von Anfang an missliebiger war. Nachdem der unterdrückten rheinischen Bevölkerung durch dauernde Zeitungsverbote und sonstige Anbelangung der Presse fast vollständig die Möglichkeit genommen ist, Vorkommnisse und Gewalttaten der Besatzungsbehörden und Truppen innerhalb des besetzten Gebietes zur Sprache zu bringen, soll ihr jetzt auch noch der Weg abgeschnitten werden, ihre Beschwerden durch die beghandigten Vertreter der Reichsregierung bei der Rheinlandskommission vorzubringen. Die Einrichtung einer derartigen Stelle bei der Okkupationsgewalt war zwar weder im Vertrag von Versailles, noch im Rheinlandsabkommen ausdrücklich vorgesehen, doch entspricht diese Einrichtung dem Gedanken bei vertragsmäßigen militärischen Okkupationen, wie denn auch im Hauptquartier des Feldmarschalls von Wattenfels ein Vertreter der französischen Regierung in der Person des Grafen St. Baizer bis zum Schluß der Besetzung beglaubigt war. Die Reichsregierung hat in Paris, London und Brüssel energischen Protest eingeleitet. Fürst Daghfeld verläßt einstweilen entsprechend den ihnen erteilten Instruktionen der Reichsregierung mit dem gesamten Beamtenstab das besetzte Gebiet.

**Die Aussprache im Reichstag.**

**Berlin, 17. April.** In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Aussprache über die gestrige Rede des Außenministers von Rosenberg fortgesetzt. Abgeordneter Dr. Gotwein (Demokrat) stellte fest, daß die Kubratton Frankreichs durch das schon früher von Boissiere abgelegte Bekenntnis, daß sein Ziel die wirtschaftliche Niederhaltung oder Vernichtung Deutschlands sei, charakterisiert werde. Ueber die Forderung, das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen zu räumen, könne es keine Diskussion geben. Genauso wenig über den Plan, einer internationalen Kontrolle dieses Gebietes durch den Völkerbund. Dieser sei heute nach seiner Verfassung kein brauchbares Instrument zur Vermittlung. Die Rechtsdrücke Polens und Litauens habe er einfach sanktioniert. Der Außenminister habe eine konkrete Grundlage für Verhandlungen dadurch geschaffen, daß er das letzte Verhandlungsangebot ausdrücklich aufrechterhalten habe. Bevor man aber an Verhandlungen gehen solle, habe es keinen Zweck, eine bestimmte Summe zu nennen. Seine Partei lehne den Gedanken eines besetzten Widerstands ab und wolle nur die Fortsetzung des passiven Widerstands. — Auch der Abgeordnete Dr. Stresemann (D.Vp.) sieht in dem Angebot des Außenministers eine geeignete Grundlage für internationale Abmachungen, falls die Entente, besonders Frankreich die Verständigung wolle. Frankreich und Deutschland sollten beginnen, wirtschaftlich miteinander zu leben. Die englische Kritik an der deutschen Finanz- und Währungspolitik verächtliche nicht den deutschen Währungsgesetz und den Druck, der auf der deutschen Wirtschaft durch Verzögerung der Festlegung der endgültigen Reparationsleistungen liege. Deutschland könne kein Budget erst dann in Ordnung bringen, seine Währung endgültig stabilisieren und ein Höchstmaß an Steuern erzielen, wenn ihm die endgültigen Grundlagen seines politischen und wirtschaftlichen Lebens ge-

geben seien. Auch dieser Redner lehnte eine Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland, in welcher Form auch immer, ab, besonders eine Rheinlandsverwaltung durch den Völkerbund. Die Voraussetzung für alle Verhandlungen müsse die Erfüllung der Forderung sein, daß die Leiharbeiter und Ausgewiesenen in die Freiheit und ihre Heimat zurückkehren könnten. Zum Schluß erklärte der Redner es für töricht, jetzt nach einem harten Mann zu rufen. Wir brauchen in dieser Niedrigkeitszeit ein Zusammenfaßen aller Kräfte zur Verteidigung des Staates wie er ist und eine Politik der nationalen Besonnenheit. — Abgeordneter Leicht (Bayerische Vp.) kann der Forderung eines neuen Angebots angehört der bisherigen Erfahrungen nicht zustimmen und ist deshalb für einen ungezwungenen passiven Widerstand. — Abgeordneter Stöcker (Komm.) erklärte, nur die Arbeiterklasse könne den Abrückzug und die Reparationsfrage lösen. Der Abwehrkampf an der Ruhr werde durch die Korruption der Besetzten geschwächt, wofür der Redner Beispiele anführte. — Abgeordneter Alpers (D.-Hann.) wandte sich gegen die rheinischen Separatisten und Abgeordneter von Grafe (D.-Vp.) betrug Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Angebots von 30 Goldmilliarden durch den Außenminister, dessen patriotische Ausführungen er warm begrüßte. — Am 7. Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr vertagt.

**Sozialdemokratische Anträge zur Bodenreform.**  
**Berlin, 17. April.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch eine Kommission eine Entschärfung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die von der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach welchem eine planmäßige Entzerrung des Grundbesitzes über 150 Hektar zum Zwecke rationaler Bewirtschaftung durchgeführt und ein Teil des enteigneten Bodens sofort für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Da es nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteiorganisation sein könne, die Sitzungen des Reichstages für Zerrung und Spaltung zu den übrigen zu machen, könne den sozialdemokratischen Parteimitgliedern nicht empfohlen werden, durch Einbringung in die Eintragungsliste sich an dem von dem Reichsbund eingeleiteten Volksbegehren zu beteiligen.

**Das Echo der Rede Rosenbergs.**

**Paris, 17. April.** Die gestrige Rede des deutschen Außenministers v. Rosenberg wird von der überwiegenden Mehrheit der Pariser Presse abgelehnt. Nur wenige Blätter werden dem sachlichen Teil der Rede gerecht. Der „Petit Parisien“ nennt die Rede des Reichsaussenministers überaus mangelhaft in Erkenntnis der Lage. Er habe geglaubt, die Forderungen Frankreichs und Belgiens hinsichtlich der Ruhrbesetzung, der Reparationen und der Sicherheiten als unheimlich bezücheln zu müssen. Er klage Frankreich und Belgien an, Deutschland durch die Ruhrbesetzung zu ruinieren. Er sage nicht, was Deutschland ruinieren würde. Nicht die Ruhrbesetzung, sondern der passive Widerstand, der nahezu eine Milliarde Goldmark dem Deutschen Reich gekostet habe, sei es, der Deutschland zugrunde richte. Er vergesse ganz, daß die Summen und die Garantien seiner Vorklage selbst von Bonar Law als lächerlich bezeichnet worden seien. Er weigere sich, vor der Wiederaufnahme des Ruhrgebietes sich zu beugen. Er sage nicht, daß diese legitime Forderungen durch die Politik der deutschen Reaktion, der er zuzugähle sei, unvermeidlich wurde. Auf diese Rede, auf die Vorklage von vornherein in Dänischen geantwortet habe, habe auch Ministerpräsident Thomsen gestern in Brüssel eine nicht weniger entschiedene Antwort gegeben. Weber Belgien noch Frankreich würden vor der deutschen Revidualtion nachgeben. — Der „Matin“ sagt, die Summe, die der deutsche Außenminister gefordert habe, sei von Bergmann oder seinen Kollegen niemals genannt worden; v. Rosenberg habe sie vollkommen erfinden. Andererseits seien sie aber in einem sozialistischen Plan enthalten, aber mit dem Zusatz, daß es sich um den englischen Anteil handle, was eine Erhöhung des Anteils für Frankreich um 2 Prozent zur Folge hätte. Wenn v. Rosenberg heute zum erstenmal diese Summe offiziell äußere, handle es sich über um eine Sondierung. Lord d'Abernon habe längst von seiner Regierung Instruktionen erhalten, Deutschland zu veranlassen, Vorschläge zu machen. Der „Matin“ glaubt daher, daß der deutsche Minister gestern aus dem Wusch habe klopfen wollen.

**England erwartet ein deutsches Angebot von 40 Goldmilliarden.**

**Berlin, 17. April.** In der gestrigen Rede des deutschen Außenministers bringt „Daily Telegraph“, wie aus London gemeldet wird, eine wahrscheinlich offizielle Notiz, die folgenden Inhalt hat: „Das neue deutsche Angebot stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren deutschen Vorschlägen dar, ist aber nicht ausreichend, um Frankreich zu befriedigen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, das Angebot zu unterstützen. Es ist aber bedauerlich, daß politische Parteien hier den Reichsfinanzminister Guno und seine Regierung daran gehindert haben, eine Forderung von etwa 40 Milliarden Goldmark zu nennen, die als Verhandlungsbasis nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen worden wäre. Dieser Eindruck, den man in London im Hinblick auf die Verhandlungsbasis hatte, war der Inhalt des Rates, den man von London aus in Berlin erteilt hat, anscheinend aber mit geringer Wirkung. Boissiere würde jetzt gern sehen, wenn die englische Regierung weitergehende Befehle unternehmen würde, um einen harten Druck auf Deutschland auszuüben. Vorläufig ist es schwer zu erkennen, auf welchem Wege das geschehen könnte.“

**Stärkt den Widerstand an Rhein und Ruhr und Ihr dient Deutschland. Gebt zum Deutschen Volksoffer!**

**Kirchen als Klugegebäude.** Wie aus dem Donezgebiet berichtet wird, werden dort vielerorts im Zusammenhang mit der Wohnungsnot und der antireligiösen Propaganda die Kirchen von den Kirchen entfernt und die Kirchen in Archive und Kluggebäude umgewandelt. Aus Winst wird das gleiche von der dortigen orthodoxen und der evangelischen Kirche gemeldet. — Die Synagoge in Orel ist von den Sowjetbehörden geschlossen und in ihren Räumen eine Arbeitsbüchse eröffnet worden.

**Wichtige Voraussicht.** Herr Schulze hat einen Stoff eingetauscht, aus dem er sich einen Antrag machen lassen will. Das ist bei den heutigen Preisen ein großes Ereignis, und die ganze Familie steht um den Tisch versammelt, auf dem das Tuch ausgebreitet ist. Man beurteilt sachmännlich die Güte des Tuches, und auch der kleine Junge besieht sich den Stoff, aber von der verkehrten Seite. „Bist Du aber dumm“, sagt der Vater, „Du siehst Dir ja den Stoff von der Rückseite an.“ „Dieses dumm“, antwortete der Junge entsetzt. „Wenn ich ihn zu tragen bekomme, ist er doch gewendet.“



**Poincaré für Aufrechterhaltung des Londoner Zahlungsplans.**  
Paris, 17. April. Ueber die gestern vormittag abgehaltenen Besprechungen zwischen Poincaré und den französischen Mitgliedern des Komitees, das von der französisch-belgischen Konferenz Ende voriger Woche zum Studium des französisch-belgischen Reparationsplanes eingesetzt worden war — Barthou, Rauciere, Peretti und Teudoux — berichtet David halbamtlich, man habe die Grundlage für die demnächstigen Studien über den französisch-belgischen Plan besprochen. Es habe den Anschein, daß eine Verständigung zwischen Paris und Brüssel leicht zu erzielen sein werde. Dieser Plan werde den durch das alliierte Zahlungsstatut vom 5. Mai 1921 geschaffenen Rahmen wahrscheinlich nicht überschreiten. Deutschland werde die Bonds A und B in Höhe von 50 Milliarden Goldmark zu begleichen haben, von denen 22 v. H. gleich 11 Milliarden Gold-

mark an Frankreich, 8 v. H. gleich vier Milliarden an Belgien, 22 v. H. an Großbritannien, 10 v. H. an Italien fielen. Die Bonds C sollen nicht ausgegeben werden, sondern zur Kompensation der alliierten Schulden dienen. Nach den Bestimmungen des Zahlungsstatuts vom 5. Mai 1921 habe Deutschland für die Bezahlung eine Höchstfrist von etwa 35 Jahren zur Verfügung, wobei es jährlich annähernd einhalb Milliarden im Verhältnis zu den deutschen Zahlungen vollziehen soll, werde Deutschland ein Interesse daran haben, sobald als möglich und insbesondere auch durch die Initiative zu einer internationalen Anleihe seine Verpflichtungen zu erleichtern. — Der Londoner Zahlungsplan, dessen Durchführung gleich bei seinem Bekanntwerden deutscherseits für unmöglich erklärt wurde, ist heute noch weniger annehmbar als vor zwei Jahren,

da die Leistungsfähigkeit Deutschlands gegen damals noch bedeutend zurückgegangen ist. Als Verhandlungsbasis über die Reparationsfrage kann er daher nicht mehr in Frage kommen.  
**Keine Politik der Rabattstiche gegen Frankreich.**  
London, 18. April. Lord Curzon fragte im Unterhaus, die Regierung protektionieren werde gegen Aktionen der französischen Behörden im Ruhrgebiet, wie die Ausweisung ausländischer deutscher Arbeiter aus ihren Wohnungen. Der Staatssekretär des Innern, Mac Reill, erwiderte, er habe keine derartige Aufgabe. — Auf eine weitere Frage Lord Curzons erwiderte Mac Reill, die Regierung werde bei jeder Möglichkeit die britischen Interessen hochhalten, sie jedoch nicht die mindeste Absicht, eine Politik der Rabattstiche gegen Frankreich zu verfolgen.

## Milchversorgung.

Die öffentliche Milchversorgung ist durch schlechte Ablieferung und Abgabe an Unberechtigte gefährdet. Dem Oberamt ist bekannt geworden, daß die Hamsterer höhere Preise als zulässig bezahlten. Die Erzeuger werden davon gewarnt, den festgesetzten Milchpreis zu überschreiten, sowie Milch unter Umgehung der Verteilungsregelung abzugeben. Die Preispolizeibehörden und die Landjäger werden unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 24. März d. J. (Engländer Nr. 74) wiederholt angewiesen, gegen alle Fälle von Preistreiberei und von Milchhamsteri vorzugehen.  
Neuenbürg, den 18. April 1923.

Oberamt:  
Wagner.

## Gemeinde Dennach.

### Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Schulhausneubau verbunden mit Turnhalle und Schülerabfertigungsgebäude der Gemeinde Dennach sind nachstehende Bauarbeiten in Alford zu vergeben und zwar:

### die Grabarbeiten, die Betonier- und Maurerarbeiten, die Zimmerarbeiten.

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen liegen auf dem Büro des bauleit. Architekten in Conweiler in der Zeit vom 17. bis 21. ds. Mts. während der üblichen Bürozeiten auf und wollen schriftliche Offerten verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens bis 21. ds. abends 7 Uhr, beim Schultheißenamt Dennach abgegeben werden. Zu dieser Zeit findet die Offerteneröffnung durch den Gemeinderat statt und können die Bewerber der Eröffnung beiwohnen. Die Wahl unter den Bewerbern wird sich vorbehalten. Zuschlagsfrist: 8 Tage.  
Den 16. März 1923.

**Die Bauleitung:** Albert Bärle, Baumeister.  
**Schultheißenamt:** (gez.): Neuweiler.

**Ehe** Sie Ihre Pflaster mit einem Getränk füllen, machen Sie einen Versuch mit den Spezialitäten der Firma Robert Ruf, Ettlingen. Tausende Anerkennungen sind ein Beweis dafür, daß Sie nicht hereinfallen.

Vergestellt werden: Rufs Heidelbeeren mit Zutaten in Paketen zu 50 und 100 Liter. Rufina Rufs getrocknete Äpfel mit Zutaten zu 50 und 100 Liter. Rufs Mostansatz mit Heidelbeersatz, mit und ohne Süßstoff, Flaschen zu 50 und 100 Liter. Apfelmilch Mostansatz mit Äpfelsatz zu 50 und 100 Liter. Preise für Flaschen und Pakete: Heidelbeeren Mk. 7500.— zu 100 Liter, Preise für Flaschen und Pakete: Äpfel Mk. 6500.— zu 100 Liter, mit Süßstoff Mk. 200.— höher zu 100 Liter.  
Robert Ruf, Heidelbeer-Verband, Ettlingen.

Neuenbürg, den 18. April 1923.

## Dankiagung.

Für die überaus herzliche Teilnahme am Verluste ihrer treubesorgten Mutter  
**Friederike Belzle,**  
geb. Hall,  
sagen innigsten Dank  
die trauernden Hinterbliebenen.

## Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenab.

Devisen: Amtl. Mittelfurse:		Industrie-Aktien:	
Amerika	21400.—	Bayern	47000.—
Frankreich	8720.—	Nordb. Lloyd	29900.—
England	3845.—	Deutsche Bank	29750.—
Italien	38550.—	Alconico-Tom.-Anteile	18250.—
Schweden	1418.—	Rhein. Creditbank-Akt.	6050.—
Polen	89.75	West. Verzinsbank-Akt.	6500.—
Österr.	1140.—	Badische Anilin-Akt.	33000.—
Japan	598.—	Hörscher Farbwerke-Akt.	27800.—
Brasilien	4280.—	Hochmeyer Guß-Akt.	77000.—
Indien	307.—	Dr. Lugemb. Bergw.-Akt.	75300.—
China	108.—	Gasometer Bergbau-Akt.	110000.—
Indonesien	95.—	Benz.-Motoren-Akt.	21000.—
Peru	80—115	Daimler-Motoren-Akt.	11400.—
Argentinien	310	Vadentia-Waldmühl.-Akt.	10500.—
Chile	100	Freiburg-Cement-Akt.	20750.—
Uruguay	81	Rhein. Rotmüller	39250.—
Brasilien	110	Gebrüder Junghans-Akt.	20500.—
Argentinien	100	Salzwerte-Heilbrunn-Akt.	88000.—

Zensur: jähwäh.

## Grosser Sonder-Verkauf

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen bis Freitag, den 20. April 1923.

Große Posten  
**Reinwollene Herren-Anzug- und Kostüm-Stoffe**  
Solange Vorrat reicht! 140/145 cm breit. Solange Vorrat reicht!  
Mtr. A 28 000, 22 000, 21 500, 19 000, 18 000,  
15 000, 14 000, 12 500, 9 000.

Frankfurter billiger Massenstoffverkauf in Pforzheim,  
Tel. 1652. Deimlingstr. 20, Ecke Waisenhausplatz, im Weinschweri. Tel. 1652.

## Auf wiederholtes Verlangen

halten wir in unserer Niederlage Fräulein Bernhildine Strieder, Damenfrisiererin in Pforzheim, Zerronnenstr. 6, 1. Stock

### Sprechstunde

am Montag, den 23. und Dienstag, den 24. April, von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr ab.

Die 28jährige Tätigkeit in Behandlung sämtlicher Haar- und Bartwuchsstörungen, wie Ausfall, Schuppen, Weihen, auftretende kahle Stellen, langjährige Kahlheit, bürgt für gewissenhafte Beratung und Hilfeleistung.

Gg. Schneider & Sohn, Stuttgart, Gymnasialstr. 21 a, 1. Stock.  
Mikroskop. Haar-Untersuchung in Stuttgart von 10—12 und 2—8 Uhr.

Habe mich in Birkenfeld, Bahnhofstrasse 24, als  
**Dentist**  
niedergelassen.  
Walter Zedler, Dentist.  
Sprechstunden für Zahnleidende von 9—1 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.

**Die Postbezieher**  
des „Enztäler“ werden gebeten, die Bestellung für den Monat Mai 1923 an der Hand des untenstehenden Bezugsscheines rechtzeitig zu erneuern.

An die **Postanstalt**  
Ich bestelle hiermit den „Enztäler“ für den Monat Mai und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.  
Rome  
Bognort  
Straße und Hausnummer

## Ruhig und besonnen

gibt

der Schwäbische Merkur  
das Spiegelbild unserer Zeit

**Glucke Langholz-Fuhrmann**  
abgegeben.  
Zu erfragen in der „Enztäler“-Geschäftsstelle.  
Calmbach,  
Birk 15 Str.

**Kartoffeln**  
hat abgegeben  
Fischmeister Zehlfass

**Zu verkaufen:**  
Eine Anzahl gebrauchter Lastaufzugs-Drahtseile, verschiedener Länge, teilweise sehr gut erhalten, ferner 50 Liter Konserver-Rösten. Besichtigung jederzeit möglich.  
Hotel Klump in Wildbad, G. m. b. H., Telefon Nr. 1.

**Electromotore,**  
440 Volt, 2 und 3 P. S., 580 000 und 680 000 festbleibend zu verkaufen.  
Ziegler Electr. Stuttgart, Alexanderstraße 28.  
H. M. „Adler“.

**Stempel-Riffen**  
und  
**Stempel-Farbe**  
stets vorrätig in der  
C. Meck'schen Buchdruck-  
Znh.: D. Strom.

Bezugspreis:  
Berlin, 18. April  
Stuttgart, 17.  
Koblenz, 18.